

Versprochen – nicht gehalten

Eine Bilanz der Unglaubwürdigkeit der
SPD/FDP-Bundesregierung (I)

In den Jahren nach 1969 überschütteten SPD, FDP und die von ihnen getragene Bundesregierung die Bürger mit Versprechen und Ankündigungen. Bei den Bürgern wurden Erwartungen geweckt, die die Leistungsfähigkeit des Staates bei weitem überstiegen. Noch vor der Bundestagswahl 1980 erweckten die Koalitionsparteien den Eindruck, als wäre mit den Staatsfinanzen alles in Ordnung. Erst nach der Wahl wurde die große Krise eingestanden und Opfer von den Bürgern verlangt. Das Bündel leerer Versprechungen ließ bei den Bürgern Enttäuschung und Resignation zurück. Wir bringen Beispiele hierfür aus allen Bereichen der Politik. Diese Dokumentation erfolgt in zwei Teilen. Nachfolgend Teil I.

Außen- und Sicherheitspolitik

Versprochen:

„Meine Damen und Herren, nur im atlantischen Bündnis findet die Bundesrepublik Deutschland ihre Sicherheit. Erst diese Sicherheit ermöglicht uns, in Zusammenarbeit mit unseren Partnern eine erfolgreiche Politik der Entspannung, der Rüstungsbegrenzung und der Zusammenarbeit mit Staaten anderer Gesellschaftsordnungen.

Kern des atlantischen Bündnisses bleibt die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie entspricht gemeinsamen lebenswichtigen Interessen.“

(Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt am 24. November 1980)

„Die politische und strategische Einheit der nordatlantischen Allianz unter der Führung der Vereinigten Staaten muß erhalten bleiben. Unverändert gilt: Westeuropa kann auf den militärischen Schutz der USA nicht verzichten.“
(Wahlprogramm 1980 der SPD)

NICHT GEHALTEN:

Die Freundschaft zwischen Deutschen und Amerikanern und somit unsere Sicherheit ist durch die Politik der Bundesregierung, insbesondere durch ihre verharmlosende Haltung in der Polenkrise und durch antiamerikanische sowie neutralistische Tendenzen in weiten Kreisen der SPD, ernstlich in Gefahr.

In den letzten Wochen hat die amerikanische Öffentlichkeit unter dem Eindruck der Kontroverse um den Nachrüstungsbeschluß, der Protestdemonstrationen der sogenannten Friedensbewegung in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, und der andauernden Auseinandersetzung über eine angemessene Kostenverteilung im westlichen Bündnis ernstlich die Frage nach dem verbliebenen Wert der NATO gestellt. Die Meinung über die Bundesregierung und vor allem über den Bundeskanzler ist auf den tiefsten Punkt gesunken.

Der amerikanische Botschafter in Bonn, Arthur Burns, hat davor gewarnt, daß die Gefahr eines amerikanischen Truppenabzugs aus Europa bestehe. In einem Interview mit der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts“ vom 18. Januar 1982 erklärte Burns, er halte es für sinnvoll, „darauf vorbereitet zu sein, daß ein solcher Punkt erreicht werden könnte“. Burns hatte bereits bei einem Vortrag in Bonn am 1. Dezember 1981 erklärt, die amerikanischen Truppen würden abgezogen, „wenn sie hier nicht mehr willkommen sind“.

Versprochen:

„Die SPD steht weiterhin zu den Beschlüssen des Berliner Parteitages und damit zu dem Vorrang des Verhandlungsangebots, das die NATO, verbunden mit ihrem Beschluß über die Modernisierung ihres nuklearen Mittelstreckenpotentials, gegenüber der Sowjetunion gemacht hat.“

(Wahlprogramm 1980 der SPD)

NICHT GEHALTEN:

Wie zuvor eine Reihe von Landesverbänden und Unterbezirken der SPD hat der SPD-Vorstand auf Druck der Linken in der Partei sein Bekenntnis zum Doppelbeschluß aufgegeben.

„Die SPD wird auf einem ordentlichen Parteitag im Herbst 1983 entscheiden, welche Forderungen sie aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand für

die Frage der Stationierung zieht. Es darf keine Stationierung auf deutschem Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung über die dann vorliegenden Ergebnisse festgelegt hat.“

(Leitantrag des SPD-Vorstands für den Münchner Parteitag 1982)

Dieser Beschluß ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zum Ausstieg aus der gemeinsamen Sicherheitspolitik des Bündnisses. Mit diesem Antrag verabschiedet sich die SPD von den eindeutigen Bestimmungen des Nachrüstungsbeschlusses und fällt damit den USA in den Rücken.

Bei der Entwicklung der Stimmung in der SPD ist völlig klar, daß eine Verschiebung der Entscheidung auf das Jahr 1983 — also ein Jahr vor den Bundestagswahlen — in jedem Fall das Nein der SPD zur Stationierung westlicher Gegenwaffen bedeutet. Damit entfällt für die Sowjetunion jeglicher Verhandlungsanreiz.

Alles in allem handelt es sich hier überdies um einen typischen Formelkompromiß. Daß der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister ihm zugestimmt haben, läßt erkennen, daß sie weiter auf dem Rückmarsch vor ihren Linken sind.

Versprochen:

„Unsere Verteidigungsausgaben sind in den letzten zehn Jahren durchschnittlich pro Jahr um knapp drei Prozent real gestiegen. Wir haben uns verpflichtet, uns auch in Zukunft um einen gleichen Anstieg bemühen zu wollen.“

(Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt am 24. November 1980)

NICHT GEHALTEN:

Die Steigerung des Verteidigungshaushalts um real 3 %, zu der sich die Bundesregierung gegenüber der NATO verpflichtet hat, wird 1982 nicht erreicht. Der Verteidigungshaushalt steigt nominal um 5,2 %. Bei einer Inflationsrate von 6 % würde dies real sogar ein Absinken der Verteidigungsaufwendungen bedeuten.

Europapolitik

Versprochen:

„Die Erhaltung und der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft bleibt eine zentrale Aufgabe unserer Politik, die das Ziel der Europäischen Union nicht aus den Augen verliert.“

(Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt am 24. November 1980)

NICHT GEHALTEN:

Er habe „selten soviel an bewußter Europafeindschaft bemerkt“ wie bei den Sozialdemokraten in der Bonner Regierungskoalition während der letzten Monate. Das erklärte Martin Bangemann, der Vorsitzende der Liberalen im EG-Parlament. Er bezog in diese Kritik ausdrücklich Bundeskanzler Schmidt mit ein. Als unerträglich bezeichnete er es für die Entwicklung der EG, wenn Mitglieder der Bundesregierung die Bundesrepublik öffentlich als Zahlmeister Europas hinstellen wollten.

Deutschlandpolitik

Versprochen:

„Wir bedauern, daß die DDR wenige Wochen vor dem Madrider KSZE-Folgetreffen durch Maßnahmen, z. B. die Erhöhung der Mindestumtauschsätze, in den Bestand dessen eingegriffen hat, was an Verbesserung für die Menschen erreicht war. Dies ist ein schwerer Rückschlag für alle Deutschen. Die Bundesregierung wird sich damit nicht abfinden.“

(Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt am 24. November 1980)

NICHT GEHALTEN:

Der schwere Rückschlag, von dem der Kanzler sprach, läßt sich in Zahlen ausdrücken. 1981 verringerte sich die Zahl der Reisen von Bundesbürgern und Westberlinern in die DDR und nach Ost-Berlin von 8 Millionen im Jahre 1979 auf rd. 5 Millionen.

Trotzdem hat der Besuch des Bundeskanzlers im Dezember 1981 in der DDR keine konkreten Verbesserungen für die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands gebracht. Die massive Erhöhung des Zwangsumtausches wurde nicht zurückgenommen.

Das einzige konkrete Ergebnis des Kanzlerbesuches in der DDR ist die Verlängerung des Swings, des zinslosen Überziehungskredits, den die Bundesrepublik Deutschland der DDR bis zum 30. Juni 1982 gewährt.

Versprochen:

„Die Arbeit unserer Journalisten in der DDR ist abermals Beschränkungen unterworfen. Ich bedauere solche Rückfälle. Sachliche Berichterstattung aus der DDR liegt im Interesse beider Seiten. Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeitsmöglichkeiten unserer Journalisten nicht eingeschränkt, sondern vielmehr verbessert werden.“

(Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt am 24. November 1980)

NICHT GEHALTEN:

Durch den Maulkorberlaß vom April 1979, durch das 3. Strafrechtsänderungsgesetz der DDR vom 28. Juni 1979, durch die Nichterfüllung der Vereinbarung im Grundlagenvertrag über den Bücher- und Zeitungsaustausch und durch die absolut willkürliche Praxis der DDR-Behörden ist ein bedeutender Teil dessen ausgeblieben oder wieder zerstört worden, was zur Verbesserung der Informationsfreiheit in der DDR und der Arbeitsmöglichkeiten der Journalisten in diesem Teil Deutschlands vertraglich abgesichert schien.

Bei seinem Besuch in der DDR im Dezember 1981 ließ sich der Bundeskanzler wiederum auf vage Zusagen ein, die von der DDR nicht eingehalten werden.

Dies bestätigte der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Klaus Bölling, am 27. Januar 1982 vor der Presse, anlässlich einer Entscheidung der DDR-Regierung, westdeutschen Korrespondenten die Berichterstattung von der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zu untersagen:

„Ich habe daran erinnert, daß man sich mit dieser Entscheidung das erste Mal ganz klar entfernt von einer Verabredung zwischen dem Staatsratsvorsitzenden Honecker und unserem Bundeskanzler zum Thema verbesserter journalistischer Arbeitsmöglichkeiten.“

(Rheinische Post, 28. Januar 1982)

Entwicklungspolitik**Versprochen:**

„Die Bekämpfung der Armut, wo sie am schlimmsten ist, hat eindeutig Vorrang. Die SPD tritt dafür ein, die staatlichen Entwicklungshilfeleistungen auf dieses Ziel hin zu konzentrieren und den Anteil der Hilfe für die ärmsten Länder zu erhöhen. Das Ziel, 0,7 % des Bruttosozialproduktes für die Dritte Welt — und damit letztlich auch für uns — aufzuwenden, soll schrittweise bis 1985 erreicht werden.“

(Wahlprogramm der SPD 1980)

NICHT GEHALTEN:

Das sind die Fakten: 1979 beschließt das Kabinett der sozial-liberalen Koalition, künftig den Entwicklungshilfe-Etat mindestens doppelt so hoch zu steigern wie den Bundeshaushalt, um das Ziel, 0,7 % des Bruttosozialproduktes für Entwicklung in der Dritten Welt auszugeben, möglichst bald zu erreichen. Schon beim Haushalt 1981 wird nur eine Steigerungsrate erreicht, die zwar

weit unter einer doppelten Steigerungsrate liegt, sich aber doch einigermaßen sehen lassen kann.

Die Zahlen für den Bundeshaushalt 1982 sind auf dem Tisch. Um nur 3,3 % sollen die Mittel für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Dritten Welt gegenüber dem Vorjahr steigen, während der Gesamthaushalt um 4 % steigt.

Damit nimmt die Regierung endgültig Abschied vom Ziel einer doppelten Steigerungsrate und somit vom 0,7%-Bruttosozialprodukt-Ziel. Dies ist ein ständiger Widerspruch zwischen Worten und finanzpolitischer Wirklichkeit.

Wirtschaftspolitik

Versprochen:

„Wir werden die Forderungen des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums erfüllen.“

(Regierungserklärung Brandt am 28. Oktober 1969)

„Wir haben keinerlei Anlaß zum Pessimismus. Unsere Wirtschaft ist gesund, unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit ungebrochen.“

(Regierungserklärung Schmidt vom 24. November 1980)

„Der Lebensstandard der breiten Schichten ist erheblich gesteigert worden ... Die Lage der deutschen Wirtschaft zu Beginn der 80er Jahre ist gut.“

(SPD-Wahlprogramm 1980)

NICHT GEHALTEN:

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz fordert in § 1: Stabilität des Preisniveaus, hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum. Keines dieser Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ist in der Regierungszeit von SPD und FDP erreicht worden:

- das Bruttosozialprodukt ist 1981 um 0,5 Prozent zurückgegangen und damit der Lebensstandard der Bevölkerung gesunken;
- die Inflationsrate betrug 1981 6 Prozent und hat sich damit gegenüber den Vorjahren weiter beschleunigt;
- 1981 mußte mit 5,5 Prozent die höchste Arbeitslosenquote seit Anfang der 50er Jahre verzeichnet werden. Im Jahresdurchschnitt waren 1,3 Mio. Menschen ohne Arbeit;
- die Leistungsbilanz hat 1981 wieder mit einem gewaltigen Defizit von rund 18 Milliarden DM abgeschlossen (nach rund 30 Milliarden DM im Jahr 1980).

1981 ist die Pleitenflut weiter gestiegen. Mit über 11 000 Insolvenzen erreichte sie einen neuen Nachkriegsrekord. Damit sind Zehntausende von Arbeitsplätzen verlorengegangen.

Steuer- und Finanzpolitik

Versprochen:

„Die Steuerpolitik der SPD wird auch in Zukunft vorrangig an dem Ziel ausgerichtet bleiben, mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Dem soll das für die Jahre 1981 und 1982 vorgesehene Steuerentlastungsprogramm dienen. Das Steuerrecht soll, soweit es der Grundsatz der gerechten Verteilung der Steuerlast zuläßt, weiter schrittweise vereinfacht werden.“

(SPD-Wahlprogramm 1980)

„Aber ich bin weiter der Meinung, daß die Belastung der Lohnsteuerzahler mit direkten Steuern und Abgaben zu hoch ist.“

(Hans Matthöfer, Gespräch mit dem „Stern“, 10. Juli 1980)

„Wir haben im Juli im Kabinett beschlossen, die Mineralölsteuer und die Branntweinsteuer zu erhöhen. Wir erhöhen diese Steuern und sonst nichts.“

(Hans Matthöfer, Sozialdemokrat Magazin, Heft 12, Dezember 1980)

„... ich wäre in bezug auf Steuer- und Abgabenerhöhung von großer Skepsis und allergrößter Zurückhaltung. Mir scheint, daß insbesondere der arbeitende Teil unseres Volkes — ... —, daß deren Belastungen mit Steuern und Abgaben nahe an die Grenze des politisch Erträglichen herankommt und daß man also nicht dahin ausweichen soll, es muß echt gespart werden und nicht ein Teil der Sparaufgabe verlagern auf Einnahmeverbesserungen des Staates.“

(Helmut Schmidt, ZDF-Heute-Journal, 26. Juni 1981)

NICHT GEHALTEN:

Durch die unzureichende und leistungsfeindliche Steuerpolitik der Bundesregierung hat sich die Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben drastisch erhöht:

- Die Steuer- und Sozialabgaben stiegen von 1970 bis 1980 fast doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und Gehälter. Die Löhne und Gehälter stiegen um 119 Prozent, die Steuer- und Sozialabgaben um 189 Prozent.
- Von jeder zusätzlich verdienten Mark muß der Arbeitnehmer heute die Hälfte an Lohnsteuer und Sozialabgaben abführen. Im Jahre 1969 waren es nur rund 30 Pfennige.
- Von den Abgaben explodierte vor allem die Lohnsteuer. Das Lohnsteueraufkommen betrug 1980 das Vierfache von 1969.

1981 wurden weitere Steuern erhöht: die Mineralölsteuer und die Branntweinsteuer. 1982 werden die Tabak- und Sektsteuer erhöht.

Am 3. Februar 1982 beschloß die SPD/FDP-Bundesregierung eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Versprochen:

„Der einfachste Weg, das Steuersystem übersichtlich zu machen, ist die Verringerung der Vielzahl der Steuern. Die FDP fordert daher: . . . — weitere Bagattellsteuern abzuschaffen.“

(FDP-Wahlprogramm 1980)

NICHT GEHALTEN:

Steuervereinfachungen und Steuerentlastung hat es nicht gegeben. Dafür wird die Einführung einer neuen Steuer, der Erdgassteuer, diskutiert.

Versprochen:

„Die Bundesregierung will für 1981 einen Haushaltsentwurf mit einer Ausgabensteigerung von etwa 4 Prozent vorlegen. Die Nettokreditaufnahme soll mit ungefähr 27 Milliarden DM diejenige des Jahres 1980 nicht überschreiten.“

(Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 24. November 1980)

„Zum ersten Januar 1980 sind Steuerentlastungen in Höhe von 5 bis 7 Milliarden DM in Kraft getreten. Die Steuermehreinnahmen dieses Jahres können daher — auch um einer soliden Haushaltspolitik willen — zur Minderung der Staatsschulden verwendet werden . . . Aufgabe einer soliden Haushaltspolitik muß es jetzt sein, bei steuerlichen Mehreinnahmen die Neuverschuldung des Staates drastisch zu begrenzen und Schulden abzubauen. Nach Ansicht der Freien Demokraten sollen nicht alle Steuermehreinnahmen zu Steuerentlastungen verwendet werden, sondern wir meinen, daß mit einem Teil dieser Mehreinnahmen auch die Schuldenlast des Staates zu vermindern ist.“

(FDP-Wahlprogramm 1980)

NICHT GEHALTEN:

1981 betrug die Neuverschuldung des Bundes 38 Milliarden DM. Die Ausgaben des Bundes erhöhten sich um 7,2 Prozent. Die Bundesschulden erhöhten sich von 230 Milliarden DM im Jahr 1980 auf 268 Milliarden DM im Jahr 1981.